# Offener Brief

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Herbstritt,

am 23. September haben wir Ihnen unsere Petition „**Gemeinsam die Zukunft von Glottertal gestalten - mit echter Bürgerbeteiligung!**“ übergeben und erneut das gemeinsame Gespräch mit Ihnen und dem Gemeinderat gesucht, nun aber mit der Unterstützung von 170 Glottertälerinnen und Glottertälern.

Was davon zu halten ist, dass Sie die Petition nicht persönlich entgegengenommen und Sie in den letzten zwei Wochen auch keine Antwort auf unser Schreiben gegeben haben, müssen die 170 Glottertälerinnen und Glottertälern, die sich mit diesem Anliegen an Sie gewendet haben, selber einordnen. Klar ist aber, dass Sie weiterhin keine Bereitschaft zum Dialog zeigen. Das ist völlig unverständlich und auch nicht akzeptabel. Probleme lösen sich nicht, indem man sie ignoriert.

Wir sind der Meinung, von einem Bürgermeister erwarten zu können, dass er Bürgerinnen und Bürgern Gehör schenkt und Antworten gibt. Dass er auf die Menschen zugeht, sie zusammenführt, ihnen Vertrauen und Zutrauen schenkt. Dass er Interesse an Konfliktvermeidung und Konfliktlösung hat.

Wir sind weder Ihre Gegner noch haben wir etwas gegen Ihre Person. Es ist Ihr Verhalten, das uns ein Gefühl der Ohnmacht gibt. Seit nunmehr acht Monaten versuchen wir, Antworten auf unsere Fragen zu bekommen und Gehör für unsere Sorgen und Vorschläge zu finden. Es geht uns um die Akzeptanz des Verfahrens, wie die Zukunftsstrategie für unsere Gemeinde erarbeitet wird. Es geht uns um das langfristige Fördern des politischen und sozialen Engagements im Dorf. Es geht uns um die Glaubwürdigkeit der Verantwortlichen, ihren Worten auch Taten folgen zu lassen. Und es geht uns um die Stärkung des Vertrauens in unsere Demokratie. Und das halten wir in den heutigen Zeiten für wichtiger denn je.

## Der Konflikt

Es sind unsere jeweiligen Vorstellungen über die Art und Weise der Bürgerbeteiligung, die weit auseinander liegen. Wir wollen und können hier nicht alle Fragen, Sorgen und Fakten noch einmal wiederholen. Mit unserem Anliegen haben wir uns ausschließlich und transparent an den offiziellen Förderrichtlinien, an den Aussagen und Bekenntnissen der Landespolitik, an Studien und Empfehlungen aus der Forschung, sowie an den Erfahrungen aus der Praxis der Städtebauförderung orientiert. Die genannten Fakten finden sich alle mit Quellenangabe in der Petition und können entsprechend überprüft werden.

Nur soviel: Bei der Städtebauförderung geht es darum, zunächst den Gesamtblick auf die Kommune zu richten, was in den nächsten 10 bis 20 Jahren vor Ort passieren soll. Danach soll ein Sanierungsgebiet mit Missständen festgelegt werden, die man langfristig beseitigen will. Nicht umgekehrt… Das ist auch die Aussage der STEG in einem Video zur Städtebauförderung.

Die aktuell vorgesehene Beteiligung mit nachgeschalteten Bürgerwerkstätten hat keinen Einfluss mehr auf ein schon vorher abgegrenztes Sanierungsgebiet. Sich später ergebende und außerhalb liegende Maßnahmen können dann nicht mehr in die Förderung aufgenommen werden. Das stellt bewährte Beteiligungsprozesse auf den Kopf.

Dann auch noch in einem zweiten, parallelen Prozess mit einem anderen Berater eine Themenlandkarte zu erstellen, ist völlig unverständlich. Eine Themenlandkarte steht immer am Anfang des Prozesses, wie es in der gelebten Praxis bei Beteiligungsprozessen in anderen Kommunen nachzuvollziehen ist, auch mit der STEG als Berater.

Es bleibt dabei: Der aktuelle Beteiligungsprozess ist aus unserer Sicht nach wie vor intransparent, unverständlich und widersprüchlich.

Sie sehen das offenbar anders. Unterschiedliche Sichtweisen sind aber nicht das Problem. Entscheidend ist, wie man damit umgeht. Ein Konflikt ist immer auch eine Chance, vorausgesetzt es gibt Interesse an einer Lösung.

Und hier liegt das eigentliche Problem: Bis heute gab es keine einzige Möglichkeit, gemeinsam mit Ihnen und dem Gemeinderat über diese unterschiedlichen Perspektiven ins Gespräch zu kommen. Reden Sie mit uns, nicht über uns! Wenn Ihr Konzept gut ist, sollte es doch auch nach gemeinsamen Gesprächen Bestand haben, aber eben mit unserer Akzeptanz.

Wir sind der festen Überzeugung, dass auf der Basis eines gemeinsamen Konzepts eine breite Beteiligung und eine hohe Akzeptanz bei den Menschen erreicht werden kann.

## Der Dialog

Im Februar haben Sie einen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern angekündigt, der „von zentraler Bedeutung“ für einen spannenden Prozess sei. Bei der Ankündigung ist es geblieben, die präsentierte fünfmonatige Dialogphase bis zur Gemeinderatsklausur im Juni stellte sich als Platzhalter heraus, ein Dialog fand nicht statt.

Seit acht Monaten versuchen wir, gemeinsam mit Ihnen und dem Gemeinderat ins Gespräch zu kommen. Nachdem die Petition Schwung aufgenommen hatte, gab es Bewegung auf Ihrer Seite und Hoffnung auf unserer Seite: Anfang Juli kam es zum einzigen Gespräch mit Ihnen und der Beraterfirma „die STEG“. Dass Sie diesen Termin aber – trotz unseres ausdrücklichen Wunsches – ohne Vertreter des Gemeinderats organisiert haben und diesen offenbar nicht einmal über diesen Termin informiert haben, halten wir für ein großes Versäumnis und eine verpasste Chance. In diesem Gespräch ist es uns dann auch nicht gelungen, einen gemeinsamen Weg zu finden. Und weitere Gespräche wurden seither Ihrerseits konsequent abgelehnt.

Auch wenn durch Ihre Veröffentlichungen im Gemeindeblatt und auf der Homepage ein anderer Eindruck entstehen könnte: Es ist und bleibt eine Tatsache, dass mit uns bis heute kein einziges gemeinsames Gespräch mit Ihnen und Vertretern des Gemeinderats über unser Anliegen stattgefunden hat.

## Politik des Gehörtwerdens

Das Land BW hat 2011 eine „Politik des Gehörtwerdens“ ausgerufen. Zur Förderung einer dialogischen Bürgerbeteiligung wurden u.a. folgende Institutionen gegründet:

- Büro der „Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung“ beim Staatsministerium
- Servicestelle Dialogische Bürgerbeteiligung BW (Ansprechpartner für Kommunen)
- Allianz für Beteiligung (Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger)

Die Staatsministerin empfiehlt den Kommunen u.a.:

- „Bürgerbeteiligung macht Projekte **besser**.“
- „**Beginnen** Sie die Bürgerbeteiligung mit einer thematischen (**Themenlandkarte**) und einer personellen Übersicht (**Akteurslandkarte**)“
- „**Gemeinsam** entwerfen Sie den **Fahrplan für die Bürgerbeteiligung** und stellen ihn öffentlich zur Diskussion, ebenso die Themen- und die Akteurslandkarte.“
- „**Kommunikation sorgt für Transparenz**. Seien Sie dankbar für jede kritische Eingabe. Das ist nur ein weiteres Angebot zum Gespräch. **Aktives Zuhören hilft und funktioniert**.“
- „Über Positionen lässt sich kaum verhandeln, der **mediative Ansatz** ist besser. Wenn Interessen klar sind, lassen sich eher Win-Win-Situationen finden.“
- „Geben Sie sich Mühe mit den Antworten. Die Resonanz ist die andere Seite des Gehörtwerdens. Eine wertschätzende Antwort zeigt, dass die Befindlichkeiten, Wünsche und Ideen der Bürgerinnen und Bürger gewürdigt werden. **Ziel der Bürgerbeteiligung ist die Verfahrensakzeptanz**. Das erreichen Sie mit schnellen, wertschätzenden und umfassenden Antworten.“

## Ausblick

Sie können weiterhin einseitig über die Art und Weise der Bürgerbeteiligung entscheiden. Die Akzeptanz für das Verfahren entscheidet sich aber bei den Bürgerinnen und Bürgern. Und von dieser Akzeptanz wird maßgeblich der mögliche Erfolg des Prozesses abhängen. Oder Sie gehen einen Schritt auf uns zu und zeigen Interesse an einer Konfliktlösung und Bereitschaft zum Dialog. Einsam verwalten oder gemeinsam gestalten, das ist hier die Frage.

Wir sind jedenfalls fest davon überzeugt, dass der dialogischen Bürgerbeteiligung die Zukunft gehört, weil

- das Land die „Politik des Gehörtwerdens“ fordert und fördert
- die Städtebauförderung sie erwartet
- die Forschung ihren Nutzen nachgewiesen hat
- die Menschen sie wollen

## Unser Vorschlag

Bei aller Kritik möchten wir den Blick nach vorne richten.

Die „Servicestelle Dialogische Bürgerbeteiligung des Landes Baden-Württemberg“ (SDBBW) unterstützt Kommunen dabei, Gespräche möglich zu machen, am besten bereits bevor Konflikte entstehen. Ihre Aufgabe ist es, gute und faire Beteiligungsprozesse zu ermöglichen, mit dem Ziel, die dialogische Bürgerbeteiligung im Land zu stärken und zu verbreiten. Es bedarf lediglich einer formlosen Beauftragung durch die Kommune, um – kostenlose – Mediationsdienstleistungen zu erhalten.

Bereits im Juli hatten wir den Vorschlag unterbreitet, die SDBBW mit einer Konfliktklärung zu beauftragen. Die Geschäftsführung der STEG hat diesen Vorschlag ausdrücklich unterstützt:

> E-Mail vom 07.07.2026: „**Ich werde den Vorschlag, die Klausur zu verschieben und ein moderiertes Konfliktklärungsgespräch über die Servicestelle Dialogische Bürgerbeteiligung zu führen, an den Bürgermeister und die Gemeinde weitergeben und mich für eine ernsthafte Prüfung einsetzen.** … **Ich sehe den Vorschlag als konstruktiven Weg an und werde ihn entsprechend einbringen.**“
>
> E-Mail vom 14.07.2026: „**Wir haben mit der Servicestelle Bürgerbeteiligung BW Kontakt bzgl. einer möglichen Begleitung aufgenommen – mittlerweile liegt auch ein konkreter Vorschlag der Servicestelle vor, wie eine Begleitung mit Blick auf den schwelenden Konflikt erfolgreich ausgestaltet werden kann. Diskutieren werden wir diesen Vorschlag bei der Klausur.** Hiernach erhalten Sie umgehend Rückmeldung von uns.“

Trotz dieser Fürsprache hat der Vorschlag keine Resonanz bei Ihnen gefunden, eine Rückmeldung gab es auch auf Nachfrage nicht.

In der Presse haben wir nun Ihre Aussage gelesen: "Ich begrüße das Engagement der Petitionsinitiatoren". Das ist eine gute Nachricht. Für den Fall, dass sich dahinter eine Bereitschaft zum Dialog verbirgt, möchten wir unseren Vorschlag noch einmal wiederholen:

Gehen Sie einen Schritt auf die Unterstützerinnen und Unterstützer der Petition zu und beauftragen Sie die SDBBW zur Durchführung einer Konfliktklärung, mit dem Ziel, ein für alle Beteiligte positives Ergebnis herbeizuführen. Die SDBBW hat die Kompetenz, sie steht dafür bereit und sie erbringt diese Dienstleistung kostenlos!

Wir sind fest davon überzeugt, dass dieser Weg die Chance bietet, eine breite Beteiligung und eine hohe Akzeptanz für das Verfahren zu erzielen, um dann gemeinsam im Dialog eine nachhaltige „Strategie Glottertal 2040“ zu erarbeiten, die dann als Leitfaden für die zukünftige Entwicklung von Glottertal zu einer lebendigen und zukunftsfähigen Gemeinde dient, in der sich alle wohlfühlen.

Was sagen Sie dazu: Wollen Sie gemeinsam mit uns über diese Brücke gehen?

Mit freundlichen Grüßen,

Claus Völker, Glottertal, den 12.10.2026
openpetition.org/glottertal2040